

Verbotsforderung: Kampf gegen illegalen Hundehandel in Berlin entfacht!

Verbraucherschutzminister fordern ein Verbot des illegalen Tierhandels in Berlin, um Tierschutz und Gesundheit zu sichern.



Berlin, Deutschland - Der illegale Handel mit Hunden und Katzen ist ein drängendes Problem in Deutschland, das nun die Aufmerksamkeit der Verbraucherschutzminister auf sich zieht. Bei der jüngsten Verbraucherschutzministerkonferenz in Berlin forderten die Minister stärkere Maßnahmen, um diesen illegalen Tierhandel zu stoppen. Ein gemeinsamer Beschluss sieht eine grundlegende Änderung des Tierschutzgesetzes vor, die den Verkauf von Wirbeltieren, mit Ausnahme von Nutztieren und Pferden, auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen verbieten soll. Dies berichtet der **Tagesspiegel**.

Besonders Brisantes enthüllte Berlins Justizsenatorin Felor Badenberg (CDU), die auf die häufigen Abgaben krankheitsanfälliger Tiere aus Online-Käufen hinweist. Hauptsächlich betroffen sind Auslandsgeschäfte mit Hundewelpen und Rassekatzen, die oft unter unmöglichen Bedingungen gezüchtet wurden. Badenberg unterstrich die Notwendigkeit, die Herkunft der Tiere nachvollziehbar zu machen, um Tierschutz und Hygiene sicherzustellen.

Umsetzung und Herausforderungen

Das geplante Verbot soll auch private Verkäufe umfassen, soweit dies rechtlich umsetzbar ist. Die Verbraucher- und Tierschutzminister haben den Bund zudem aufgefordert, seine Position zu überprüfen und eine klare Abwägung zwischen Privatrechten und dem Tierschutz vorzunehmen. Die vorliegenden Vorschläge für das Tierschutzgesetz reichen jedoch nicht aus, um die vielschichtigen Probleme anzugehen, die mit dem illegalen Tierhandel verbunden sind.

Laut dem **Deutschen Tierschutzbund** sind die Zahlen alarmierend: Im Jahr 2023 wurden mindestens 731 Tiere in 221 aufgedeckten Fällen illegal gehandelt, wobei die Mehrheit dieser Tiere Hunde waren. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen. Über die letzten zehn Jahre hinweg dokumentierte der Tierschutzbund mehr als 1.400 Fälle mit fast 21.000 geschmuggelten Tieren.

Kosten und soziale Folgen

Die Folgen des illegalen Tierhandels belasten vor allem die Tierheime, die die Kosten für die Betreuung beschlagnahmter Tiere tragen müssen. Diese belaufen sich im Durchschnitt auf 25 Euro pro Tag. Die Nachfrage nach illegale Welpen hat in den letzten Jahren stark zugenommen, wobei insbesondere Hunde wie Malteser, Zwergspitz und Französische Bulldogge häufig betroffen sind. Der Tierschutzbund fordert daher länderübergreifende Maßnahmen zur Bekämpfung des

Welpenhandels, einschließlich eines Verbots oder einer gesetzlichen Regulierung des Onlinehandels mit Tieren.

Der Gesetzentwurf sieht bisher lediglich eine Identitätsnachweispflicht für Verkäufer vor und enthält keine Verpflichtung zur Kennzeichnung oder Registrierung von Hunden und Katzen. Dies wird als unzureichend erachtet, um dem illegalen Handel wirksam entgegenzuwirken. Der **Bundestag** wird gebeten, diesen Problembereich zu evaluieren und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Details	
Vorfall	Tierschutz
Ursache	illegaler Handel
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.tagesspiegel.de • www.bundestag.de • www.tierschutzbund.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de